

Hermann Lei

Mühletobelstr. 59a, 8500 Frauenfeld

EINGANG GR		
02 JULI 2008		
08	MD 4	25

**Auftrag auf Revision der Geschäftsordnung des Grossen Rates
gemäss § 75 der Geschäftsordnung an das Büro des Grossen Rates**

**betreffend Möglichkeit, über einzelne Gesuche um Erteilung des Kantonsbürgerrechts
separat abzustimmen**

Text

Die Geschäftsordnung des Grossen Rates des Kantons Thurgau ist dahingehend anzupassen, dass über ein Gesuch um Erteilung des Kantonsbürgerrechts auf Antrag zwingend separat abgestimmt wird, falls es verlangt wird. Dem Büro des Rates wird der Auftrag erteilt, eine Vorlage zur Abänderung der Geschäftsordnung zu unterbreiten.

Begründung

Seit einiger Zeit wird im Grossen Rat über alle Gesuche um Erteilung des Kantonsbürgerrechts gemeinsam abgestimmt. Aus Art. 34 Abs. 2 BV ergibt sich aber der Grundsatz, "dass kein Wahl- und Abstimmungsergebnis anerkannt wird, das nicht den freien Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zuverlässig und unverfälscht zum Ausdruck bringt". Dasselbe muss auch im Parlamentsbetrieb gelten. Die „Sammelabstimmung“ im Grossen Rat verletzt daher den Anspruch der Kantonsräte auf unverfälschte Stimmabgabe, denn sie verunmöglicht es, differenziert abzustimmen.

Gesuchsteller haben zudem im Einbürgerungsverfahren Parteistellung und damit Anspruch auf Gewährung des rechtlichen Gehörs und insbesondere auf eine Begründung im Falle der Abweisung ihres Gesuches. Verweigert das Parlament die Einbürgerung entgegen dem Antrag der Justizkommission, wird sich die Begründung in erster Linie aus den Wortmeldungen ergeben müssen. Damit Einbürgerungsgesuche aber rechtsgenügend abgelehnt werden können, muss die Möglichkeit bestehen, diese Diskussion notfalls einzeln führen zu können. Wenn über alle Gesuche gemeinsam abgestimmt wird, so wird den Ratsmitgliedern die Möglichkeit genommen, die Begründungen für Ablehnung bzw. Zustimmung auf die betreffende Person bezogen zu würdigen. Das widerspricht ebenfalls der Verfassung.

Um das Einbürgerungsverfahren wieder in Einklang mit der Verfassung zu bringen muss die Möglichkeit bestehen, über Einzelfälle einzeln abzustimmen, falls es gewünscht wird. Die Geschäftsordnung des Grossen Rates des Kantons Thurgau ist deshalb dahingehend anzupassen, dass auf Antrag eines Parlamentariers über das von ihm bezeichnete Gesuch um Erteilung des Kantonsbürgerrechts zwingend separat abgestimmt wird.

Frauenfeld, 2. Juli 2008, Hermann Lei

H. Lei

+ 26

H. C. Gunkel

G. Keen

W. P.

W. P.

W. P.

F. J. [unclear]

James

W. P.

W. P.

W. P.

W. P.

H. J. [unclear]

J. Almy

W. P.

M. S.

C. [unclear]

S. [unclear]

W. [unclear]

E. J. [unclear]

R. [unclear]

M. [unclear]

E. [unclear]

L. [unclear]

C. [unclear]

V. [unclear]